

Reviews

Non-Fiction:

Chris Bonnor & Jane Caro: *The Stupid Country: How Australia is Dismantling Public Education*. Sydney: University of NSW Press, 2007, 238 S. ISBN 978 086840 806 4.

Rezensiert von **Peter Posch, Universität Klagenfurt**

Australia is beginning to pay the price for short-sighted policy and funding arrangements. An unhappy future has already arrived for many Australians, and many more won't have access to quality public schools in the years to come. Anxiety, self-interest and the loss of community and the subsidisation of school choice have all combined to change schools and education. We have forgotten, why public education was established, and embraced the forces that threaten its contribution to Australian democracy, stability and prosperity. The book challenges the notion that private schooling delivers something better, and raises the very real possibility that, as it is currently structured and funded, it may be delivering something worse. (197)

Das Buch widmet sich einem komplexen und zugleich brisanten Thema: den Auswirkungen des Privatschulbooms in Australien. Bereits bei Erscheinen hat es eine heftige öffentliche Diskussion (vgl. z.B. <http://www.onlineopinion.com.au/>) ausgelöst – was auch eines der Ziele der beiden Autor/innen war. Chris Bonnor war Präsident des NSW Secondary Principals Council, Leiter einer High School, Lehrbuchautor und ist Kommentator für Bildungsfragen in führenden Medien. Jane Caro war Sprachrohr der Lobbygruppe Priority Public und ist u.v.a. Werbetexterin, Kolumnistin und politische Kommentatorin in Rundfunk und Presse. Diese Kombination sichert dem Buch Insider Informationen über das System, eine differenzierte Einschätzung vor allem der medialen Präsenz des Themas in Australien und gute Lesbarkeit. Es handelt sich nicht um ein wissenschaftliches Werk im engeren Sinn, wohl aber um eine gut recherchierte Analyse vielfältiger Aspekte, unter denen das Verhältnis zwischen öffentlichen und privaten Schulen gesehen werden kann. Die zentrale Botschaft wird rasch klar: Die Autor/innen sehen in der einseitigen staatlichen Bevorzugung privater Schulen eine ernste Gefahr für das Bildungsniveau und die beruflichen Chancen des sozial schwächeren Teils der Bevölkerung.

Als privat gelten Schulen, in denen eine private Einrichtung den entscheidenden Einfluss auf die institutionellen Angelegenheiten der Schulen hat. Die Mehrzahl der privaten Schulen haben eine religiöse Institution als Träger (zumeist die katholische Kirche). In finanzieller Hinsicht sind sie allerdings in hohem Maße von staatlichen Zuwendungen anhängig. Während die öffentlichen Schulen von

den einzelnen Bundesstaaten finanziert werden, erhalten die Privatschulen einen erheblichen und wachsenden Anteil der operativen Kosten (zwischen 40 und 80%) von der wesentlich reicheren Bundesregierung – ohne die Auflagen erfüllen zu müssen, die für öffentliche Schulen gelten. Australien wurde damit das Land mit der höchsten Differenz zwischen Finanzierungshöhe und Regelungsdichte.

Der Trend zu den Privatschulen begann in den 70er Jahren, als Ölkrise, Inflation und Arbeitslosigkeit das Vertrauen der Bevölkerung in das soziale und wirtschaftliche Leben erschütterten. Die Sozialpolitik und das Bildungswesen kamen unter Beschuss und die Ideologie des freien Marktes (Stichwort: Thatcherismus) führte zu einer Reduktion der Verantwortung des Staates (u.a.) für das Bildungswesen und zur Auffassung, Probleme ließen sich am besten durch Verstärkung des Wettbewerbs lösen, indem Bildung wie jedes andere Produkt behandelt und die Bürger/innen primär als Konsument/innen gesehen würden. Im Sinne dieser bildungspolitischen Orientierung finanziert die Bundesregierung die individuelle Wahl privater Schulen ohne Rücksicht auf den Bedarf und die Höhe des verlangten Schulgeldes und weitgehend ohne entsprechende Auflagen. Auf diese Weise sollen der Wettbewerb zwischen Schulen gefördert und die Optionen für die elterliche Schulwahl erweitert werden.

Wahlmöglichkeiten entstehen allerdings nur für jene Eltern, die es sich leisten können, ihr Kind in eine Privatschule zu schicken. Die durch sinkende Schülerzahlen bedingten Schließungen von Schulen treffen zudem eher die finanziell schlechter gestellten öffentlichen Schulen, weil die privaten Schulen durch die finanziellen Ressourcen der Bundesregierung gestützt werden. Eltern werden dadurch zunehmend gezwungen, ihre Kinder in die teuren nahen Privatschulen oder in weiter entfernte öffentliche Schulen zu schicken. Aus der Sicht der Autor/innen besteht damit die Gefahr, dass das Schulsystem auseinander driften könnte: in eines für die Reichen und eines für die Armen.

Trotz des relativ hohen Schulgeldes schicken mehr und mehr Eltern aus der Mittelklasse ihre Kinder in private Schulen. Der Anteil dieser Schulen ist in Australien auf 33% gewachsen. (Zum Vergleich: auch in Österreich gab es jüngst einen starken Trend zu Privatschulen, aber der Prozentsatz liegt bei ‚nur‘ 9.5%). Die Belastungen der öffentlichen Schulen haben dadurch zugenommen. Als Beispiel wird die Situation der öffentlichen High Schools im bevölkerungsreichsten Staat Australiens New South Wales dargestellt: Die öffentlichen Schulen werden von 62,5% der Schüler/innen besucht. Dazu gehören 79% der Kinder und Jugendlichen mit Behinderungen, 80% der Kinder

aus armen Verhältnissen und 91% der Kinder von Immigranten und indigenen Familien. Damit sind auch die sozial bedingten Unterschiede zwischen den Schulen gewachsen. Zur Stützung dieser Feststellung werden einschlägige PISA Ergebnisse zitiert: Die überdurchschnittlich guten Leistungen der australischen 15-Jährigen lassen sich in weit höherem Maße durch die soziale Herkunft erklären als etwa in Finnland oder in Kanada. Für die Autor/innen ist dies ein Hinweis, dass das Bildungssystem nicht nur unfair sondern auch „dumm“ (vgl. den Titel „the stupid country“) ist: Da sich die Begabungen über die Bildungsschichten verteilen, würden viele Talente in der Bevölkerung vergeudet. Was dabei von den Autor/innen allerdings verschwiegen wird, ist dass Australien im Hinblick auf den Zusammenhang zwischen Testerfolg und sozialer Herkunft immer noch besser dasteht als fast alle europäischen Länder.

Die Flucht von Eltern, die es sich leisten können, aus den öffentlichen Schulen hat aus Sicht der Autor/innen recht unterschiedliche Gründe. Einer besteht in der Erwartung, dass die privaten Schulen bessere Leistungen erzielen und damit die Kinder besser auf die Ansprüche der Arbeitswelt vorbereiten würden. Ein anderer Grund ist die wachsende Angst der Eltern um ihre Kinder, einerseits weil das einzelne Kind mit der Verringerung der Kinderzahl wichtiger geworden ist und andererseits weil die durch die Liberalisierung mitbedingte allgemeine Unsicherheit über die Orientierung in der Gesellschaft zugenommen hat. Eine Strategie der Angstreduktion in der Bevölkerung sei das Bestreben, Kinder in homogene Gruppen zu geben: reiche zu reichen, intelligente zu intelligenten Kindern, Katholiken zu Katholiken, etc. Es fördere den Glauben, dass für das einzelne Kind die private Schule besser sei als die öffentliche Schule.

Von den Privatschulen wird auch die Übernahme von disziplinären und erzieherischen Aufgaben erwartet, zu denen sich viele Eltern nicht mehr in der Lage sehen. Die z.T. großen finanziellen Opfer, die damit verbunden sind, verstärken zudem die Auffassung, sich nicht mehr als ein bis zwei Kinder leisten zu können.

Ein weiterer, aus der Sicht der Autor/innen besonders wichtiger Grund ist der höhere Anteil von Kindern und Jugendlichen mit Verhaltensproblemen in öffentlichen Schulen, der durch die selektive Schülerrekrutierung der Privatschulen gefördert wird. Auch ideologisch motivierte Botschaften in den Medien würden ihr Image negativ beeinflussen: so der Vorwurf der Wertneutralität, geringer Flexibilität und auch von Leistungsmängeln, obwohl die australischen Schüler/innen im internationalen Vergleich (PISA) zu den leistungsmäßig stärksten zählen. Auch das Fehlen evaluativer Daten aus den

privaten Schulen (sie sind nicht gesetzlich verpflichtet, welche zu liefern) würde die Meinung fördern, sie seien besser.

Gewisse Mitverantwortung an der problematischen Situation weisen die Autor/innen auch den öffentlichen Schulen zu: Sie hätten die Ansprüche einer zunehmend wohlhabenden und ängstlichen Mittelschicht nicht gesehen und die Lehrgewerkschaften hätten eine viel zu starre Position gegenüber nötigen Reformen eingenommen. Auch dies hätte zu Wettbewerbsvorteilen der privaten Schulen geführt.

Mehrere dieser Erwartungen, die mit der gezielten Förderung privater Schulen verbunden werden, werden von den Autor/innen kritisch kommentiert. So wird die Annahme, dass die privaten Schulen zu besseren Leistungen führen, durch die Forschung nur bedingt bestätigt. Die Autor/innen verweisen auf amerikanische Studien und eine Untersuchung des Australian Council for Educational Research, nach denen die an den Rohdaten erkennbaren besseren akademischen Leistungen der Privatschüler/innen fast verschwinden, wenn demographische Faktoren (u.a. der soziale Hintergrund) berücksichtigt werden. Sie verweisen zudem auf eine Studie, die zeigt, dass bei heterogener Zusammensetzung der Klassen die leistungsschwächeren Schüler/innen von den leistungsstärkeren Schüler/innen profitieren, während umgekehrt kaum negative Effekte auf die Leistungen der fähigeren Schüler/innen aufgetreten sind.

Das stärkste Gewicht legen die Autor/innen auf die Feststellung, dass die öffentlichen Schulen und der durch sie erreichte Bildungsstand der Bevölkerung einen erheblichen Anteil haben an der Entwicklung einer stabilen demokratischen Gesellschaft mit wachsender Prosperität für die gesamte Bevölkerung, da sie der unvermeidlichen herkunftsbedingten Ungleichheit gegensteuern und auf evolutionärem Wege Klassentrennung und Klassenprivilegien überwinden würden. Die einseitige Förderung der Privatschulen würde im Gegensatz dazu wieder die Klassengesellschaft stärken und das bisher Erreichte gefährden. Es sei in hohem Maße auf die Einführung öffentlicher Schulen zurückzuführen, dass die bei Charles Dickens beschriebenen dramatischen sozialen Verhältnisse des 19. Jahrhunderts überwunden werden konnten: *“...we fail to associate the filthy, consumptive, starving little road sweeper with a world where most of the poor did not go to school.”* (161)

Nicht zuletzt sprechen auch wirtschaftliche Überlegungen aus Sicht der Autor/innen für eine Stärkung öffentlicher Schulen: Zu den beiden wichtigsten „economic capacity constraints“ Australiens werden die zu schwache

verkehrstechnische Infrastruktur und der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften genannt und letzterer in direkten Zusammenhang mit der vergleichsweise zu geringen Investition in öffentliche Schulen gesehen. Zudem sei der Widerstand gegen Privilegien wie gegen Korruption eine fundamentale Voraussetzung für eine effektive und vitale Wirtschaft.

Welche Alternativen werden von den Autor/innen angeboten? Ihre Ausgangsthese ist „*the right of all children to reasonable access to quality, free and secular education*“. Mit „reasonable“ ist gemeint, dass die Distanz zur Sekundarschule nicht zu groß sein darf. Mit „quality“ ist gemeint, dass es sich um eine gut ausgestattete Schule handeln muss; mit „free“ ist gemeint, dass kein Kind wegen der finanziellen Situation der Eltern ausgeschlossen werden darf; mit „secular“ ist gemeint, dass die Schule allen Kindern unabhängig von ihren weltanschaulichen Bindungen zugänglich sein muss. Schulen gehören aus der Sicht der Autor/innen zu den „commons“, zu denen neben sauberer Luft, frischem Wasser und intakter Umwelt auch Büchereien, Spitäler, die Rechtsprechung und Transport gehören. Die Ressourcen, die von der Gesellschaft aufgebracht werden, sollten daher auch dem gemeinsamen Reichtum (zu dem die öffentlichen Schulen gehören) zugute kommen. Wenn von diesem Prinzip ausgegangen wird, dürften die privaten Schulen allerdings überhaupt keine öffentlichen Mittel erhalten. Die Autor/innen sind sich aber bewusst, dass etwa ein Drittel aller australischen Schulen private Träger haben und daher nicht auf sie verzichtet werden kann. Sie sollten jedoch nur in dem Maße öffentlich unterstützt werden, in dem sie sich dem „common good“ verpflichten. Der Dienst an einer bereits privilegierten sozialen Gruppe sollte hingegen nicht staatlich gestützt werden.

Kritisch kommentiert wird ein verbreiteter Vorschlag, ein allgemeines oder auf spezielle Zielgruppen beschränktes Gutscheinsystem einzuführen. Die Befürworter von „vouchers“ argumentieren in erster Linie mit Wahlmöglichkeiten für die Eltern (choice) und Marktgesichtspunkten: Wettbewerb und von Konsumenten gesteuerter Markt sollten der zentrale Mechanismus für die Organisation einer Gesellschaft sein. Die zitierten Studien zeigen allerdings, dass ein solches System in Ländern mit großen Unterschieden zwischen Schulen die Situation eher verschlechtert, da es die privaten Schulen weiter verteuert und die „social divide“ vergrößert. Die Autor/innen weisen auch darauf hin, dass in vielen Fällen nicht die Eltern die Schulen, sondern die privaten Schulen die Schüler wählen, die sie aufnehmen. Dies sind in den meisten Fällen Kinder mit vorteilhaften Voraussetzungen, während schwierige Kinder abgewiesen würden.

Die aus der Sicht der Autor/innen sinnvollste Maßnahme zur Verbesserung der Situation und zur Abwehr eines durch das Bildungswesen geförderten Zweiklassensystems besteht in einer Änderung des Finanzierungssystems, nämlich darin, dass die Lehrer/innen der privaten Schulen vom Staat bezahlt werden und zwar in dem Maße, in dem sie Aufgaben der gesamten Kommunität erfüllen. Genauer: Nach einem „composite index“, der u.a. den sozialen Hintergrund und die Fähigkeiten (bzw. Behinderungen) der aufgenommenen Schüler/innen erfasst, sollten den privaten Schulen Lehrer/innen vom Staat finanziert werden. Ein solches System würde aus der Sicht der Autor/innen die privaten Schulen daran hindern, die fähigsten Schüler/innen abzuziehen und damit die öffentlichen Schulen zu schädigen.

Weitere Vorschläge, um die Wettbewerbsnachteile gegenüber privaten Schulen auszugleichen, sind eine engere Kooperation zwischen öffentlichen Schulen, um die Vielfalt und Attraktivität der Angebote zu erhöhen, die Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit, Erweiterung der Autonomie, individualisierende Angebote usw.

Das Buch ist in seiner Analyse der komplexen Thematik außerordentlich differenziert. So werden z.B. trotz der säkularen Grundhaltung der Autor/innen die historischen Leistungen der katholischen Privatschulen, die sich in der Vergangenheit in hohem Maße um die ärmeren Bevölkerungsschichten gekümmert haben, gewürdigt (vgl. Kap. 8). Die grundlegende Überzeugung der Autor/innen von der enormen gesellschaftspolitischen Bedeutung öffentlicher Schulen und ihrer Bedrohung durch bundespolitischen „surplus of (market) ideology and a deficit of sound evidence“ durchzieht allerdings das Buch wie ein roter Faden und führt zu manchen recht zugespitzt erscheinenden Formulierungen. Die pointierte Darstellung als gefährlich angesehener Entwicklungen ist Ausdruck einer hoch entwickelten gesellschaftlichen Sensibilität vor allem auch angesichts der weit überdurchschnittlichen Leistungen der australischen Schüler/innen im internationalen Vergleich. Während die Stärken und Schwächen öffentlicher und privater Schulen und die Problematik des zentralstaatlichen Finanzierungssystems in den ersten neun Kapiteln sorgfältig herausgearbeitet werden, fehlt eine ähnlich differenzierte Auseinandersetzung mit den Optionen für die Zukunft. Das primäre Interesse der Autor/innen war jedoch offensichtlich, zunächst die öffentliche Diskussion über dieses Thema zu stimulieren. Und das scheint ihnen gelungen zu sein. Trotz seiner Fokussierung auf die australische Situation ist das Buch auch für europäische Leser/innen eine reichhaltige Fundgrube von Befunden und Überlegungen zu einem überaus aktuellen Thema.